

Extremistische Websites

Gewalt

Florian Pfeiffer (links) und Philipp Schautschik vom Michaeli-Gymnasium in München erklären einer Mitschülerin ihr Projekt „Betreutes Surfen“

INFORMATIONEN AUS DEM WEB

■ www.step21.de

Die Jugendinitiative will die Medienkompetenz stärken



■ www.fairlink.de

Fairness und Toleranz im Internet sind das Ziel dieses Projekts



■ www.exit-deutschland.de

Der Berliner Verein hilft jungen Menschen, die aussteigen wollen, und betreut Eltern



aus dem Netz

Aktiver denn je versuchen Rechtsradikale, das Internet für ihre Zwecke zu missbrauchen. Mit Filtern, Fakten und Initiativen kämpfen ihre Gegner gegen den braunen Sumpf

Ruhe ist eingekehrt in der 9. Klasse des Michaeli-Gymnasiums in München. Kein Getuschel, kein ungeduldiges Rutschen auf den Stühlen durchbricht die Stille. Die Schüler starren auf ihre Bildschirme, versuchen zu verstehen, was sich auf den Web-Seiten abspielt, die sie sich anschauen sollen, lesen über den angeblichen Mord an Rudolf Heß und warum Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Manche Seiten triefen vor Aggression und Hass, andere wirken völlig sachlich, wollen scheinbar nur Fakten mitteilen und zum Nachdenken anregen. Die Kollegstufenschüler Florian, Philipp und Julia gehen durch die Reihen, helfen ihren jüngeren Mitschülern, die tief rechte Propaganda, die über ihre Monitore flimmert, zu entschlüsseln und diskutieren mit ihnen über das Gesehene. Die drei Gymnasiasten haben das Projekt „Betreutes Surfen“ im Rahmen der Initiative „Fairlink.de“ selbst entwickelt. Acht Monate haben sie daran gearbeitet. Ihr Ziel: den jüngeren Schülern Denkanstöße zu geben, ihnen aufzeigen, wo Gefahren im Internet lauern und wie man Propaganda erkennt. „Computer und Internet gehören bei uns längst zum Schulalltag. Da ist es wichtig, die Schüler zu sensibilisieren, damit sie nicht alles, was sie im Netz lesen, für bare Münze nehmen“, erläutert Florian.

Aggression aus dem Netz? Die Besorgnis kommt nicht von ungefähr. „Die Anzahl rechtsextremistischer Seiten ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen“, so Hans-Gert Lange vom Bundesamt für

PROPAGANDA ERKENNEN

Viele Websites machen keinen Hehl aus ihrer Gesinnung – schon auf der Einstiegsseite finden sich Nazi-Symbole wie Hakenkreuze und offene Hasspropaganda. Die meisten deutschen Radikalen passen sich aber den Strafrechtsbestimmungen an: Präsentations- und Sprachstil erscheinen sachlich, auf Gewalt verherrlichende Beiträge oder eindeutigen Revisionismus wird meist verzichtet. Sie bedienen sich einer Tarnsprache und verwenden Codes wie „88“ für „Heil Hitler“: Die acht steht für „H“, den achten Buchstaben des Alphabets. Beliebt ist auch die Formulierung „man wird doch noch hinterfragen dürfen“. Damit können die Todeszahlen von Auschwitz angezweifelt werden – im Rahmen der freien Meinungsäußerung. Üblich sind Links auf internationale Extremismus-Seiten, aber auch zum „politischen Gegner“. Die Gesinnung der Betreiber erschließt sich aus dem Inhalt, den aber vor allem jüngere Schüler, die das Thema Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht noch nicht behandelt haben, nur schwer entschlüsseln können.

Verfassungsschutz. Aktuell zählt seine Behörde etwa 1300 Web-Seiten mit rechtsextremistischen Inhalten. Radikale jeder Couleur haben das Internet für ihre Zwecke instrumentalisiert, nutzen es zur Information über Strukturen und ideologische Programme und zur Anwerbung neuer Mitglieder. Die meisten Seiten ►

■ www.bnr.de

„Blick nach rechts“ behält die Szene im Auge



■ www.ida-nrw.de

Die Initiative für Aufklärung und Prävention erklärt Schlüsselbegriffe der Rechtsradikalen



■ www.nazis-im-internet.de

Die Seite klärt auf und sammelt Hinweise auf extremistische Seiten



des organisierten Rechtsextremismus sind untereinander verlinkt, so dass auch unerfahrene Internet-Nutzer mit wenigen Klicks durch das gesamte Spektrum der rechten Szene surfen können. Sie stolpern dabei über Spiele wie „Runen-Tetris“, agitatorische Flugblätter zum Herunterladen und Ausdrucken, Shops, in denen Nachbildungen eines Zyklon-B-Kanisters Marke Auschwitz bestellt werden können, und detaillierte Anleitungen zum Bombenbau. Extremisten rufen per Massen-SMS zu Demonstrationen auf, verschicken Spam-E-Mails mit fremdenfeindlichen Inhalten und verbreiten Hetzparolen und Aufrufe zu Gewalttaten wie „Türkenklatschen“ in Chats und Newsgroups.

„Neu ist die zunehmend hohe Professionalität der Seiten“, hat Neonazismus-Forscher Christian Dornbusch von der Fachhochschule Düsseldorf beobachtet. „Die Kommunikation hat einen sehr hohen Stellenwert.“ Der Autor des Buches „Rechtsrock“ sieht eine Gefährdung der Jugendlichen vor allem durch die vermehrt vorhandenen Anknüpfungspunkte an die gesellschaftliche Mitte durch Kultur und Musik. Wer beispielsweise Lieder der Band „Landser“ sucht, wird in erster Linie auf rechtsextremistischen Seiten fündig. Ist er erst einmal dort, liest er vielleicht auch weiter. „Das Umfeld der rechten Szene ergibt sich durch die Musik. Die Kontakte werden hingegen nach wie vor überwiegend im Nahbereich geknüpft“, ist Dornbusch überzeugt. Dem Verfassungsschutz sind allerdings genügend Fälle bekannt, in denen Jugendliche über das Internet Anschluss an die rechtsextreme Szene fanden.

Nicht nur Musik ist Lockmittel, sondern auch die Spiele, mit denen Rechtsextremisten die Aufmerksamkeit interessierter Internet-Nutzer auf sich ziehen wollen. Vielfach finden sich indizierte Programme

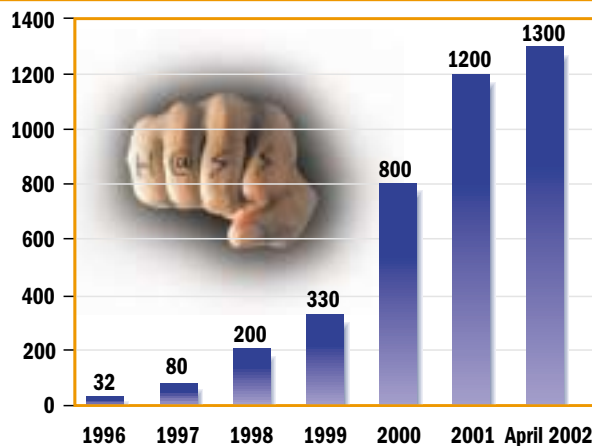
Fairlink.de-Schirmherr: Bundespräsident Johannes Rau (mit Sonja Lahnstein und einem Schüler)

mit Gewalt verherrlichendem oder rassistischem Charakter. Ein Spiel wie „Counterstrike“ löst da natürlich Besorgnis aus: Ist es doch das Hauptziel, einen Gegner möglichst gezielt zu erschießen. Je besser ein Spieler das trainiert, desto erfolgreicher ist er. Leider „vergnügte“ sich auch Robert S., der Täter von Erfurt, mit diesem Computerspiel. Sein Amoklauf kostete 17 Menschen das Leben. Der US-amerikanische Neonazi Gary Lex Lauck hat eine Zeitlang eine Variante des Moorhuhn-Spiels angeboten, bei dem die abzuschießenden Vögel einen Davidstern trugen. Zwar musste er dieses Spiel auf Betreiben des Lizenzgebers von seiner Web-Seite löschen, doch das Programm grassiert nach wie vor in der Szene. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet

zudem verstärkt rechtsextremistische Spieler-Clans, deren Teilnehmer sich für Gewalt verherrlichende Taktik- und Strategie-Spiele zusammenfinden. Einige radikale Spieler versuchen zudem, in an sich unpolitischen Clans die Mitspieler ideologisch zu beeinflussen.

Mit Besorgnis registrieren die Forscher, dass fundamental-islamistische Website-Betreiber verstärkt antisemitische Propaganda gegen Israel im Internet publizieren und sich mit den Seiten von Holocaust-

HOMEPAGES DEUTSCHER RECHTSEXTREMISTEN



Quelle: Deutscher Verfassungsschutz

Anlass zur Sorge: die rapide Zunahme rechtsextremistischer Websites

INFORMATIONEN AUS DEM WEB

■ www.fritz-bauer-institut.de/links/gegenrechts.htm

Liste zu Initiativen und Vereinen



■ www.verfassungsschutz.de/renetz

„Geh Rechtsextremisten nicht ins Netz“ warnt der Bundesverfassungsschutz



■ www.burks.de/nazis.html

Der Journalist Burkhard Schröder bietet ein umfangreiches Portal zum Thema



„Wir wollen stabile Persönlichkeiten“

com!online: Was ist so faszinierend an extremistischen Sites?

Lahnstein: Die Seiten arbeiten vielfach mit Motivationsangeboten wie Computergames und Musik, also Sachen, die Jugendliche ansprechen und auf den ersten Blick gar nicht mehr erkennen lassen, was der Inhalt ist.

com!online: Sind Verbote ein geeignetes Mittel?

Lahnstein: Verbote sind relativ nutzlos, zum einen, weil es technisch nicht machbar ist, zum anderen, weil Jugendliche sich grundsätzlich gegen Verbote wehren und damit nur das Gegenteil erreicht wird: Die Sites werden noch interessanter. Step 21 will den Jugendlichen stattdessen die Mechanismen aufzeigen. Bei Fairlink.de entwickeln drei Jugendliche deswegen gerade ein Online-Spiel zur Toleranz.

com!online: Ist Toleranz nicht ein sehr abstrakter Begriff für Jugendliche?

Lahnstein: Sicherlich. Deswegen wollen wir die Jugendlichen auch dazu animieren, sich mit Toleranz, Respekt, Verantwortung für andere und Zivilcourage auseinander zu setzen und ihnen dabei helfen, die Begriffe auf ihre eigenen Lebenswelten zu beziehen.

com!online: Wie wollen Sie das erreichen?

Lahnstein: Durch konkrete Arbeit mit den Jugendlichen. Wir sind keine Werbeagentur, die Plakate „Seid für Toleranz“ drucken lässt und in der U-Bahn aufhängt. Wir gehen in die Schulen hinein und arbeiten mit ihnen in Projekten. Wir arbeiten präventiv und reagieren nicht erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Wir möchten, dass die Schüler stabile Persönlichkeiten aufbauen und so nicht für rechtsextremistische Einflüsse anfällig sind.

com!online: Wie können sich Schüler denn engagieren?

Lahnstein: Da gibt es viele Möglichkeiten. Mit Fairlink.de haben wir eine Plattform für Jugendprojekte initiiert. Dort wird beispielsweise eine Netiquette der Toleranz entwickelt, eine Art Leitfaden für richtiges Verhalten im Internet. Wir helfen Jugendlichen, ihre eigenen Ideen umzusetzen, wie im Fall des Projekts „Betreutes Surfen“. Und wir schaffen eine Öffentlichkeit für sie. Zur Einführungsveranstaltung von Fairlink.de kamen 60 Jugendliche nach Berlin, zu Bundespräsident Johannes Rau ins Schloss Bellevue.



SONJA LAHNSTEIN
Gründerin und
Geschäftsführerin
der Jugendinitiative
Step 21

com!online: Was ist mit den Schülern, die nicht selbst aktiv werden wollen?

Lahnstein: Dafür gibt es die zweite Säule, die pädagogische Arbeit. Wir haben beispielsweise ein multimediales Lernprogramm entwickelt, die Step-21-Box, die „Die „Clique“ zum Thema hat. Damit haben wir bislang zwischen 20.000 und 25.000 Schüler erreicht.

com!online: Mit welchen Mitteln finanzieren Sie Ihre Arbeit?

Lahnstein: In erster Linie unterstützt uns die Wirtschaft, also Unternehmen wie Daimler Chrysler, Siemens und Bertelsmann. Wir kommen aber ohne staatliche Gelder aus. In der Geschäftsstelle sitzen deswegen auch nur fünf feste Mitarbeiter, dazu ein Schwung Praktikanten, einige Studenten und nicht zu vergessen die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Coaches, Lehrer, Sozialpädagogen, auch Journalisten und Beamte vom Verfassungsschutz.

Leugnern verlinken. „Es findet eine ideologische Vernetzung im Internet zwischen muslimischen und revisionistischen Seiten statt“, so Antisemitismus-Forscherin Juliane Wetzler von der TU Berlin. Behörden und Politiker sind sich so einig wie nie, dass die Radikalisierung im Internet beobachtet und bekämpft werden muss, nur bei der Frage nach den geeigneten Maßnahmen gegen die rechte Propaganda gehen die Meinungen weit auseinander.

Die Löschung der Seiten vom Server des Anbieters ist natürlich eine Möglichkeit. Deutsche Provider können in der Regel entsprechende Seiten sofort von ihren Servern nehmen, da sie gegen die Nutzungsbedingungen verstoßen. T-Online beispielsweise geht Hinweisen auf Angebote mit verdächtigen Inhalten sofort nach. „Wir haben die Möglichkeit, diese Seiten zu sperren“, sagt Unternehmenssprecher Michael Schlechtriem, der sich aber über

Anzahl und Art der Hinweise ausschweigt. Auch der Provider 1&1, auf dessen Servern etwa jede dritte deutsche Domain liegt, reagiert auf Hinweise sofort. „Seiten mit rechtsradikalen Inhalten werden gekündigt. Ab und an bitten uns die Behörden aber auch, eine Seite auf Grund laufender Ermittlungen länger im Netz zu lassen“, so 1&1-Sprecher Michael Frenzel. Das Unternehmen ist auf Hinweise von außen angewiesen, da es selbst nicht in der Lage ist, die Vielzahl an Domains inhaltlich zu überwachen. Wie viele Mitteilungen eingehen, kann Frenzel nicht sagen. Etliche davon stammen sicherlich von der Organisation „Naiin e.V.“ (No Abuse in Internet), in der auch 1&1 Mitglied ist. Der Verein erreichte im letzten Jahr die Abschaltung von etwa 300 Seiten. Auch die „Aktion Kinder des Holocaust“ (AKDH) durchsiebt ▶

■ www.naiin.org

Der Verein gegen Missbrauch im Internet sammelt Hinweise auf extremistische Seiten



■ www.netzgegenrechts.de

Informationsportal deutschsprachiger Medien gegen Rechtsextremismus



DER UMGANG DER USA MIT RECHTSRADIKALEN WEBSITES

Caryl Strist ist Chief Operating Officer (COO) der **Anti-Defamation-League** (www.adl.org) in den USA. Sie erklärt das Problem der amerikanischen Gesetzgebung: „Viele rechtsextreme und rassistische Web-Seiten in den USA existieren, weil sie sich auf unsere Verfassung und damit auf das First Amendment, das Recht auf freie Meinungsäußerung, berufen.“

In den USA hat der **Supreme Court** festgelegt, dass die freie Meinungsäußerung absolute Priorität hat. In den meisten Fällen setzen sich die Anwälte deswegen immer wieder mit dem Argument des First Amendment durch. Aber: Die so genannte **Hate-Speech** darf juristisch verfolgt werden. Dennoch können Nazis im Netz nur dann belangt werden, wenn sie „eine wirkliche und tatsächliche Bedrohung“ sind. Das heißt: Die Drohung oder die Hass-Aussage muss sich gegen eine bestimmte Person wenden und für diese echte Folgen zeigen. Der Gesetzgeber: „Jeder, der kommerzielle Kommunikation betreibt und androht, jemanden zu kidnappen oder eine bestimmte Person zu verletzen, soll mit einer Haftstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft werden.“ Ein Ankläger müsste aber beweisen können, dass sein Mandant direkt und offiziell via E-Mail oder Voice-Message von einer rechtsradikalen Organisation bedroht worden ist. Viele Richter geben zu, dass diese Hürde so hoch ist, dass vor Gericht fast kein Fall Aussichten auf Erfolg hat.

Denn auch die amerikanischen Nazis im Netz haben schnell dazugelernt. Sie wissen, wie sie Bedrohungen legal und juristisch einwandfrei platzieren können. Die Anti-Defamation-League rechnet damit, dass derzeit rund 800 so genannte patriotische Vereinigungen im US-Netz vertreten sind – neben weiteren 400 „militan-



ten Gruppen“. Die größte Nazi-Gruppierung in Amerika ist die National Alliance. Sie besitzt eine hervorragend geführte Website, die täglich neue Audio-Files einer wöchentlichen Radio-Show zum Download ins Netz stellt.

Trotz offizieller Bemühungen sind es vor allem **private Organisationen**, die den braunen Müll herausfiltern: Die American Civil Liberties Union, die Anti-Defamation League, das Simon Wiesenthal Center, die Leadership Conference of Civil Rights, das Southern Poverty Law Center und Hatewatch.org haben verschiedene Methoden entwickelt, um Nazi-Parolen im Netz zu blockieren. Auch die Web Nannies haben es geschafft, mit ihrer Technologie Nazi-Nachrichten zu stoppen.

das Netz in mühevoller Kleinarbeit und gibt die Adressen an die Behörden weiter. AOL ist noch einen Schritt weiter gegangen: „Wir sind der einzige Provider, der dafür ein eigenes Lotsenteam rund um die Uhr im Einsatz hat“, so Sprecher Jens Nordlohne. „Wer immer AOL als Platt-

form für kriminelle Machenschaften missbraucht, wird aus dem Dienst geworfen und muss mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Wir arbeiten dabei sehr eng mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen.“

Die Krux an der Sache: Viele der Seiten sind nicht lange inaktiv, sondern bald wieder von anderen, meist ausländischen Ser-

vern aus abrufbar. Angebote wie beispielsweise die Website des Amerikaners Ernst Zündel, der die Szene mit rechtsextremistischer Propaganda versorgt, können sich auf das in der amerikanischen Verfassung festgeschriebene Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Erst in jüngster Zeit gehen kommerzielle US-Provider dazu über, das Verbot von Hasspropaganda in ihre Nutzungsbedingungen aufzunehmen und entsprechende Sites zu löschen. Sie tun das nicht freiwillig, sondern auf Druck der werbetreibenden Industrie, die ihre Werbebanner nicht auf extremistischen Seiten sehen will. Speicherplatz gibt es dennoch zur Genüge, in Skandinavien, in Russland oder notfalls, weil kostenpflichtig, auf dem Server von US-Nazi Lauck.

Wenn die Löschung nicht fruchtet, könnte das Ausfiltern eine Lösung sein. Das dachte sich zumindest der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow und forderte deutsche Provider auf, den Zugang zu bestimmten Seiten zu unterbinden. Damit löste er aber einen Sturm der Entrüstung aus. In Düsseldorf gingen rund 400 Demonstranten auf die Straße und protestierten gegen Zensur im Internet. „Zustände wie im Iran“ befürchten Internet-Aktivistinnen wie der Chaos Computer Club. Jörg Tauss, Beauftragter für Neue Medien der SPD, hält das gezielte Sperren von Seiten für rechtlich bedenklich und technisch nicht umsetzbar. „Die Täter müssen verfolgt werden, nicht das Internet“, fordert er. „Das eigentliche Problem sind nicht die Internet-Seiten, sondern die Menschen, die sie machen und sehen wollen“, so Filtergegner André Kasper von den Jungdemokraten NRW. „Zensur kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern lediglich verstecken.“ Eine Ansicht, die auch Florian von Münchener Michaeli-Gymnasium teilt: „Man kann ja auch nicht Papier verbieten, bloß weil es

INFORMATIONEN AUS DEM WEB

■ www.hagalil.com
Aufklärung über jüdisches Leben



■ www.schule-fuer-toleranz.de
Informationsportal der Universität Münster zum Thema Rechtsradikalismus



■ www.erziehung-nach-auschwitz.de
Forschungs- und Arbeitsstelle mit vielen Informationen für Pädagogen und Lehrer



auch benutzt wird, um Flyer mit rechtsradikalen Inhalten zu drucken.“

Eine Meinung, mit der er nicht allein steht. „Das ist ein Kampf gegen Windmühlen, bei dem nicht Ursachen, sondern nur die Symptome bekämpft werden“, meint der Extremismusforscher Dornbusch. Auf Fakten statt Filtern setzt denn auch das israelische Online-Magazin „Hagalil“. „Gegen jede Seite mit antisemitischen Lügen und Hass wollen wir 100 Seiten Wahrheit über jüdisches Leben setzen“, sagt Herausgeber David Gall. Das verdrängt zwar die rechtsextremistischen Seiten von den vordersten Plätzen der Suchmaschinen, „doch wenn Schüler im Web Informationen zu Auschwitz suchen, stolpern sie unweigerlich auch über Seiten von Holocaust-Leugnern. Die Kritikfähigkeit der Kinder und Jugendlichen muss gestärkt werden“, fordert Juliane Wetzels von der TU Berlin.

Genau das hat sich die Jugendinitiative Step 21, von Sonja Lahnstein ins Leben gerufen, zum Ziel gesetzt. „Die Jugendlichen müssen Medienkompetenz erwerben und in die Lage versetzt werden, Informationen bewerten und einordnen zu können“, erläutert Lahnstein die Ziele der Initiative (siehe Interview). Die Jugendlichen können im Rahmen von Fairlink.de, der Plattform für Toleranz und Fairplay im Netz, selbst aktiv werden. Sie entwickeln Projekte wie Theaterstücke, in denen der Rechtsextremismus im Web thematisiert wird, formulieren eine Netiquette der Toleranz, organisieren Podiumsdiskussionen und stellen Linklisten zusammen. Unter den Engagierten sind natürlich auch Florian, Philipp und Julia, die mit ihrem Projekt „Betreutes Surfen“ sehr viel Aufmerksamkeit erregt haben. „Wir haben bereits Kontakt mit ‚Lehrer Online‘ aufgenommen“, so Projektreferentin Kathrin Wunderer-Hickman von Fairlink. „Die wollen daraus Unterrichtsmaterial entwickeln, das dann von allen interessierten Lehrern verwen-

det werden kann.“ Auch am Michaeli-Gymnasium wird überlegt, das Projekt im kommenden Jahr erneut durchzuführen. Natalia und Marion, zwei Schülerinnen aus der Neunten, die beim ersten Mal dabei waren, finden das sehr wichtig. „Es hat sich bei der Diskussion gezeigt, dass viele

die Begriffe vorher nicht verstanden haben und sich mit den Seiten nicht richtig auseinander gesetzt haben. Wir schauen uns die Sachen jetzt viel kritischer an.“ ■

Daniela Sauer
netlife@com-online.de

Anzeige

■ www.d-a-s-h.org

Dash informiert über Aktivitäten gegen Rassismus und Ausgrenzung

